

**Offener Brief des Amtes Crivitz
an die Landtagsfraktionen der SPD, CDU und Der Linken des Landtages
Mecklenburg-Vorpommern sowie an den Innenminister**

Thema: Feuerwehrentschädigungsverordnung - FwEntschVO M-V

Sehr geehrte Landtagsabgeordnete,
sehr geehrter Herr Innenminister Caffier,

unsere Freiwilligen Feuerwehren sind ein ganz wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil unserer Kommunen. Retten – Löschen – Bergen – Schützen heißt es so schön, aber was steckt alles dahinter. Die Kameradinnen und Kameraden leisten ehrenamtlich mit einem immer größer werdenden Zeiteinsatz eine ganze Menge mehr als nur Feuer löschen. Die große Katastrophe in Lübbtheen brachte zudem beispielhaft den unterschiedlichen, teilweise veralteten Zustand der Ausstattung unserer Wehren zu Tage. Es ist gut, dass das nun auch auf Ihrer Ebene erkannt worden ist und Sie die Kommunen mehr unterstützen wollen bei der Lösung dieser Aufgabe. Seit Jahren tragen wir immer wieder als Kommunalpolitiker vor, dass die Ausstattung der Feuerwehren nicht vom Haushaltszustand der Kommunen abhängen darf. Eine sichere und moderne Ausrüstung und Ausstattung sorgt für einen guten Schutz dieser vielen engagierten Männer und Frauen in unserem Land. Schon längst geht die Arbeit der Kameradinnen und Kameraden oft auch über die eigene Ortsgrenze hinweg. Manchen Wehren gehen aber auch die Freiwilligen aus, die uns den Brandschutz sichern helfen. Fahrzeuge und Schutzkleidung sind von enormen Preissteigerungen betroffen usw. Sie müssen teilweise mit unseren politischen Entscheidungen leben und manchmal auch Probleme ausbaden - wie z.B. in Lübbtheen die Gefahrerhöhung durch nicht beräumte munitionsbelastete Flächen. Mehr Autobahnkilometer - häufiger Einsätze; neue Gefahrenstoffe durch modernere Technologien ... Wir haben im ländlichen Raum zudem das Problem, dass wir Jugendliche ausbilden, sie uns dann aber oft nach der Schulzeit verlassen. Dadurch fehlt uns in den Wehren jüngerer Nachwuchs. Feuerwehr beschränkt sich nicht nur auf die Einsätze, sondern erfordert umfangreiche Vor- und Nachbereitung, Pflege der Technik, Einhaltung vieler verschiedener Bestimmungen.

Ob Fahrzeugausstattung, Schutzbekleidung oder die Gerätehäuser - sie müssen in einem vernünftigen Zustand sein, denn diese Menschen setzen ihr eigenes Leben für **unseres** ein. Das muss unsere erste Pflicht sein, dafür zu sorgen, dass wir die Einsatzkräfte so gut es nur geht schützen. Nur so können auch wir bestmöglich geschützt werden. Da sind wir uns sicher einig.

Dies bedeutet aber auch, dass sie das nur können, wenn sie sich regelmäßig weiterbilden, trainieren, sich in Wettkämpfen mit anderen Wehren messen und vor allem auch eine verantwortungsvolle Kinder- und Jugendarbeit innerhalb der Jugendfeuerwehren aufbauen, um den Nachwuchs und damit den Bestand zu sichern. Der freiwillige Einsatz ihrer Freizeit ist aller Ehren wert und wir alle sind sehr froh, dass sie auch durch Eigenmotivation bereit sind, viel zu geben.

Durch die Brandschutzbedarfsplanungen ist unser Blick noch mehr auf unsere Aufgaben und unsere Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger geschärft worden und bringt zudem viele Defizite zu Tage. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten.

Wenn wir uns derzeit über die Angemessenheit von Entschädigungen in den politischen Gremien beraten, dürfen wir unsere weiteren Ehrenämter nicht vergessen.

Deshalb fordern wir Sie auf, erneut die Feuerwehrentschädigungsverordnung zu prüfen und zu überarbeiten. Die Höchstsätze sind längst nicht angemessen und lassen eine Staffelung nach §4 kaum noch zu. Deshalb schlagen wir eine Staffelung wie bei den Bürgermeistern vor, damit auch die Höhe der

Verantwortung abgebildet wird. Je mehr Wehren und je mehr Einwohner desto mehr muss auch die Entschädigung sein. Gruppenführer und Zugführer sind bisher gar nicht vorgesehen, eine kleine Ausbildungshilfe wäre wünschenswert, die Halbierung bei Doppelfunktionen muss abgeschafft werden! Es gibt dafür keine Grundlage, denn der Aufwand halbiert sich nicht.

Einige Gemeinden zahlen zusätzlich ein „Stiefelgeld“, um den Aufwand wenigstens etwas zu honorieren (z.B. Fahrkosten zur Feuerwehr, eigene Kleidung unter der Einsatzkleidung). Das ist nicht viel und längst keine angemessene Höhe, aber eine klitzekleine Motivation noch Einsätze zu fahren.

In manchen Orten gibt es derzeit keine Jugendfeuerwehr, weil keiner die Zeit findet, sich neben der Arbeit, der Familie und der Feuerwehr noch regelmäßig zusätzliche Termine mit den Kindern aufzuladen. Die Entschädigung für Jugendfeuerwehrwarte und ihre Stellvertreter sind schon wegen des hohen zusätzlichen Zeiteinsatzes viel zu gering. Deshalb muss auch in diesem Punkt schnellstmöglich eine Überarbeitung her.

Ihre bisherige finanzielle Hilfe bei der technischen Ausstattung ist unverzichtbar. Die zentrale Fahrzeugbeschaffung ist ein weiterer richtiger und wichtiger Schritt, aber das ist längst nicht ausreichend. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sicherung einer qualitativ hochwertigen und dabei zeitlich machbaren Ausbildung, die den Möglichkeiten der Kameradinnen und Kameraden entspricht. Hier müssen Sie bitte in Kreis und Land dringend handeln! Eine lückenlose Teilnahme an 7 Wochenenden hintereinander z. B. für die Truppmannausbildung ist kaum schaffbar und sorgt mitunter für Ablehnung. Online-Schulungen bzw. Ausbildungsfilme würden Ausbildungszeit und -ort variabel gestalten und Ausbildungspersonal sowie Kosten sparen helfen.

Erstaunlich, dass sich trotzdem noch Freiwillige finden, die dieses Ehrenamt leisten und auch noch Freude daran haben. Aber wir wollen nicht verhehlen, dass es immer schwerer wird, Menschen dafür zu motivieren. Wenn wir freiwillig höhere Entschädigungen zahlen, sind dies weitere freiwillige Leistungen, die uns vom Innenministerium gestrichen werden können. Für verschuldete Kommunen ist dies gar nicht erst möglich. Machen Sie Schluss mit den heftigen Ungleichgewichten in unserem Land! Sie haben es in der Hand! Sie können es ändern!

Es gibt weitere Wünsche der Kameraden: Sie wünschen sich eine Anerkennung in Form von Rentenpunkten oder eine kleine Feuerwehrrente für die Aktiven. Uns ist bewusst, dass das Aufgabe des Bundes ist. Sie haben die besten Kontakte dorthin, um auch dort die Diskussion darüber anzuregen.

Kommen Sie gern mit unseren Wehrführungen und uns ins Gespräch, wenn Sie sich selbst ein Bild davon machen wollen.



H. Isbarn
Amtsvorsteherin



B. Brusch-Gamm
Amtsausschussvorsitzende